

eGD: Regierung beschliesst Abänderung der Verordnung

Die Regierung hat eine Abänderung der Verordnung über das elektronische Gesundheitsdossier (EGDV) beschlossen. Zum einen wurde im Hinblick auf die Datenspeicherung im Behandlungsfall klargestellt, ab wann die für die Speicherpflicht vorgesehene Frist von 90 Tagen zu berechnen ist. Zum anderen wurde eine rechtliche Grundlage für die Datenauswertung durch das Amt für Gesundheit zur Überprüfung der Speicherpflicht geschaffen. Die Auswertung der jeweiligen Anzahl an gespeicherten Dokumenten im elektronischen Gesundheitsdossier (eGD) stellt ein Instrument bereit, um die gesetzliche Speicherpflicht im Behandlungsfall für jeden Gesundheitsdienstleistenden überprüfen und im Widerhandlungsfall ahnden zu können. Gesundheitsdaten oder genetische Daten von Patientinnen und Patienten werden nicht eingesehen oder ausgewertet. (ikr)

Polizeimeldungen

Jugendliche entwenden Mofa

Triesenberg Am Montag, 26. Februar, begaben sich gegen Abend drei Jugendliche zu der Garage eines Wohnhauses und entwendeten ein Mofa. Die alarmierte Landespolizei konnte etwas später zwei der drei Jugendlichen auf dem Mofa antreffen und kontrollieren, als sie von Triesenberg nach Triesen fuhren. Der dritte Jugendliche wurde in Triesen angehalten. Alle drei sind geständig. Es erfolgt eine Berichterstattung an die Liechtensteinische Staatsanwaltschaft. (lpfl)

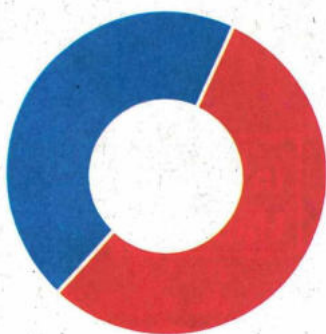
Auto stürzt Böschung hinunter

Davos Wiesen Am Dienstagmorgen fuhr eine 82-jährige Autofahrerin von Davos in Richtung Wiesen. Nach der Abzweigung zum Bahnhof prallte sie nach ersten Erkenntnissen rechts in die Stützmauer, überquerte die Gegenfahrbahn sowie den Ausstellplatz und stürzte rund zehn Meter die steile Böschung hinunter. Das Auto prallte frontal gegen einen Baum. Passanten bemerkten kurz vor 10 Uhr von der Strasse wegführende Radspuren und alarmierten die Polizei. Gemeinsam mit einem Team des Rettungsdienstes Davos konnte die Frau geborgen und Erste-Hilfe geleistet werden. Die Verletzte wurde ins Spital überführt. Die Kantonspolizei klärt die Unfallursache ab. (kapogr)

Umfrage der Woche

Frage: Sollte die Nicht-Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen wieder gebüsst werden können?

Ja. Die Teilnahme an Wahlen/Abstimmungen ist gemäss Gesetz Bürgerpflicht. **45 %**



Nein. Es ist besser, wenn nur die abstimmen, die sich auch informiert haben. **55 %**

Aktueller Zwischenstand von gestern Abend:

112 Teilnehmende. Jetzt mitmachen auf: www.vaterland.li

Impressum

Herausgeber: Vaduzer Medienhaus AG
Geschäftsführer: Daniel Bargetze
Chefredaktor: Patrik Schädler (snp)
Druck: Somedia Partner AG, 9469 Haag

Adressen:
Vaduzer Medienhaus AG, Postfach 884, 9490 Vaduz
Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17.

Redaktion: Tel. +423 236 16 16, E-Mail: redaktion@vaterland.li, sport@vaterland.li
Inserate: Tel. +423 236 16 63, Fax +423 236 16 17, E-Mail: inserate@vaterland.li
Abonnementdienst: Tel. +423 236 16 61, E-Mail: abo@vaterland.li
Internet: www.vaterland.li

Heute kein Vaterland im Briefkasten?

Dann rufen Sie von Montag bis Freitag, 7.30 – 10 Uhr, unsere Abo-Hotline unter +423 236 16 61 an. Nachlieferung erfolgt bis mittags.

Neue Landesbibliothek braucht 5,5 Millionen mehr

Zu optimistische Machbarkeitsstudie: Am derzeitigen Post- und Verwaltungsgebäude in Vaduz muss mehr umgebaut werden als ursprünglich erwartet.

Elias Quaderer

30,99 Millionen Franken: Auf diese Summe beläuft sich bislang der indexierte Verpflichtungskredit, der für den Umbau des jetzigen Post- und Verwaltungsgebäudes in Vaduz gesprochen wurde. Künftig soll dort der neue Standort der Liechtensteinische Landesbibliothek sein. Doch nun – kurz vor Abschluss der Planung des Bauprojekts – stellt sich heraus: Das bisher gesprochene Geld reicht nicht aus.

«Leider hat sich herausgestellt, dass wir einen zusätzlichen Kreditbedarf für die Realisierung des Bauprojekts haben», erklärte gestern Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter im Rahmen einer Pressekonferenz. Gemäss der aktuellen Kostenplanung belaufe sich der zusätzliche Kreditbedarf auf rund 5,5 Millionen Franken. Und dieser finanzielle Zuschuss sei dringend notwendig: «Wenn wir diese zusätzlichen Gelder nicht erhalten, können wir das Projekt nicht realisieren», so Marok-Wachter.

Aber wie kommt es, dass der Umbau des Post- und Verwaltungsgebäudes auf einmal um gut ein Sechstel teurer ausfällt als ursprünglich geplant? Jürg Kellenberger, Leiter der Stabsstelle für staatliche Liegenschaften, führte an der gestrigen Pressekonferenz auf: Für den ursprünglichen Kreditbedarf diente eine Machbarkeitsstudie als Grundlage, in der die Eingriffstiefe der Umnutzung zu optimistisch beurteilt wurde. Sprich: An dem bestehenden Gebäude muss mehr umgebaut werden als erwartet.

Traglast für Bibliothek anpassen

Konkret gebe es drei Themenfelder, die im Wesentlichen für den zusätzlichen Kreditbedarf verantwortlich seien: Brandschutz, Statik und Elektroinstallationen.

Mit Blick auf den Brandschutz und die Statik habe sich etwa nach vertieften Abklärungen gezeigt, dass das heutige Betontragwerk nicht mehr den aktuellen Erdbeben- und Brandschutzanforderungen entspreche. Zudem müssen die Traglasten auf die geplante Belastung durch die Bibliothek angepasst werden. Um dies zu erreichen, müsse die Armierung und Eisenüberdeckung verstärkt werden. «Die Massnahmen können so weit gehen, dass man bestehende Wände und Decken herunterspitzten muss, die Eisen freilegt, verstärkt und wieder neu verkleidet», so der Stabsstellenleiter für staatliche Liegenschaften.

In der Tiefgarage des Post- und Verwaltungsgebäudes habe man bezüglich der Elektroinstallationen festgestellt, dass deutlich mehr ersetzt werden



Was passiert, wenn der Landtag den Ergänzungskredit für die Landesbibliothek ablehnt? «Dann ist klar, dass das Projekt gestorben ist», so Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter. Bild: ikr

müsse, als ursprünglich im Rahmen der Machbarkeitsstudie angenommen wurde. Zudem habe sich die Marktsituation verändert: Die Preise für Elektroinstallationen seien stärker gestiegen als die Inflation.

Neubau wäre teurer und weniger nachhaltig

Auch die Optimierungsmöglichkeiten des Bauprojekts sind begrenzt. Denn weil es sich um einen Umbau handelt, können zwei wesentliche Kostentreiber des Bauprojekts nicht beeinflusst werden: die Flächen und die Volumina. «Wir haben ein bestehendes Haus. Die Flächen und das Volumen sind vorgegeben», sagte Jürg Kellenberger. Besonders hinsichtlich der Gebäudetechnik, der Gebäudehülle und der Innenausstattung seien bereits Optimierungen vorgenommen worden. Ein weiteres massgebliches Optimierungspotenzial sei jedoch nicht erkennbar.

«Vor dieser Situation stehen wir nun. Und es stellt sich die Frage: Was tun?», hielt Infrastrukturministerin Marok-Wachter fest. Ihr Ministerium habe sich darum mit der Projektleitung verschiedene Optionen zum weiteren Vorgehen angeschaut und diese vergangenen Woche mit der Projektkommission diskutiert. Auf Antrag der Kommission habe die Regierung letztlich entschieden, dass so schnell wie möglich ein Ergänzungskredit beim Landtag beantragt werden soll. Konkret

soll der Kredit laut Marok-Wachter bereits im Juni-Landtag behandelt werden. Für den Fortgang des Bauprojekts bedeutet dies: Die jetzige Planungsphase – die Phase «Bauprojekt» – wird noch abgeschlossen. Danach wird das Projekt unterbrochen bis der Landtag über den finanziellen Zustupf einen Entscheid getroffen hat.

An anderen Optionen zum weiteren Vorgehen wurde unter anderem geprüft, ob nicht ein Neubau am selben Standort zielführender wäre als ein Umbau. Oder ob nicht ein anderer Standort für die Landesbibliothek gesucht werden soll und das Post- und Verwaltungsgebäude für einen anderen Zweck genutzt wird.

Aber gegen einen Neubau sprach etwa, dass dieser weniger nachhaltig und wohl auch teurer als ein Umbau wäre. Und ein anderer Standort für die Landesbibliothek wurde nicht als sinnvoll erachtet, weil der vorgesehene Standort im Vaduzer Zentrum ortsplanerisch wünschenswert sei. Zudem müsste das Post- und Verwaltungsgebäude ohnehin für jede neue Nutzung energetisch saniert und nach den heute geltenden Bauvorschriften in puncto Brandschutz oder Erdbbensicherheit angepasst werden.

«Ausschliessen kann man beim Bauen nie etwas»

Es ist nicht der erste zusätzliche Kredit, den die Regierung für

die neue Landesbibliothek beantragt: Erst im Oktober genehmigte der Landtag zusätzliche rund 1,9 Millionen Franken, damit die Bauweise nachhaltiger ausfällt und mehr Massnahmen für die Biodiversität des Baus ergriffen werden. Die Nachfrage, ob nicht bereits zum damaligen Zeitpunkt absehbar war, dass nochmals ein finanzieller Zuschuss nötig wird, verneinte Kellenberger: «Das Ergebnis, das wir heute vorliegen haben, konnten wir damals noch nicht annehmen.»

Doch bereits im Oktober hat der Landtag nicht alle Geldwünsche der Regierung erfüllt: Einen Antrag, die Bauherrenreserve um 450 000 Franken aufzustocken, lehnten die Abgeordneten ab. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Was passiert, sollte der Landtag dieses Mal den Ergänzungskredit von 5,5 Millionen Franken ablehnen? «Dann ist klar, dass das Projekt gestorben ist. Man würde neu evaluieren müssen, was man mit dem Post- und Verwaltungsgebäude macht», sagte Infrastrukturministerin Marok-Wachter.

Eine Garantie, dass dies nun der letzte Ergänzungskredit für den Umbau des Post- und Verwaltungsgebäudes ist, konnte die Regierungsrätin nicht abgeben. Zwar vermindere sich das Risiko, um so weiter die Realisierung des Projekts voranzuschreiten. Aber: «Wirklich ausschliessen kann man beim Bauen nie etwas.»